

Berliner Zurzeit

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Donnerstag, 2. September 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurssattel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Pragis des Arbeiters, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte übernimmt unter Verlag keine Verantwortung. Der deutsche Beamte, Referat und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen“ mit Roman. Unerlangt eingehende Manuskripte werden nicht berücksichtigt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zustellstellen sind nur an die Geschäftsstelle zu richten.

Abonnements: Derzeitige Preise: Monatslich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich, Beilagen nehmen Zeitungspreise, untere Geschäfte und die Postämter des Deutschen Reiches entgegen. Russland-Bestellung nur unter Streifen. Beilagen: monatlich 1,00 Rmk. für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Franken, Belgien 175 belgische Franken, Schweiz 40 Schweizer Franken, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechoslowakische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinars; für den Monat September 1926 nach Österreich, Ungarn, Polen 10 Rmk., Litauen 30 Lit., Letland 75 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.
Telegramm-Adresse: „Berliner-Zurzeit“ Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts. **Dolfschick - Ronto: Berlin N. 26412.**

Die Annahme des Finanzreform-Gesetzes Danzigs gesichert.

Die Regierungstrife damit beigelegt.
Mit Danzig, 1. September.
Der Gesetzentwurf über die Durchführung der Finanzreform ist heute in später Abendstunden dem Danziger Volkstag in zweiter Lesung angenommen worden. Für den Entwurf stimmten 57 Abgeordnete, gegen den Entwurf 10. In der Opposition waren Deutschnationale und Kommunisten und die von der liberalen Fraktion abgetrennte Bauerngruppe, die gegen die Beamtengehaltsreform stimmte.

Mit der Annahme des Gesetzes in zweiter Lesung kann die Gefahr der Regierungstrife als beseitigt angesehen werden. Ein anderes Ergebnis dürfte aus dem dritten Lesung am Freitag nicht mehr zu erwarten sein.

Das Gesetz über die Durchführung der Finanzreform ist heute in später Abendstunden dem Danziger Volkstag in zweiter Lesung angenommen worden. Für den Entwurf stimmten 57 Abgeordnete, gegen den Entwurf 10. In der Opposition waren Deutschnationale und Kommunisten und die von der liberalen Fraktion abgetrennte Bauerngruppe, die gegen die Beamtengehaltsreform stimmte.

Die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Neuorganisation des Zollvereins.

Die seit einigen Wochen fälschlicherweise veröffentlichten Nachrichten über die Neuorganisation des Zollvereins sind in Danzig als eine Art Propaganda angesehen worden. Bekanntlich sind die Verhandlungen ein Teil des Finanzierungsprogramms Danzigs, welche die dort tätigen Zollbeamten Danzigs sollte nach den Bestimmungen der Vörsenvereinsverträge den Zollvereinsmitgliedern Polen bis zum Ende des Jahres 1926 einen Teil der im Zollverein einbezogenen Danziger Zollvereinsbeiträge zu gewähren, und zwar sollte diese Summe mindestens 14 und höchstens 20 Millionen Danziger Gulden betragen. Diese Verhandlungen sind nunmehr beendet, und es ist festgestellt worden, dass die Zollvereinsmitglieder Danzigs die Zollvereinsbeiträge Danzigs nicht an die Zollvereinsmitglieder Polen abgeben werden, sondern dass die Zollvereinsmitglieder Danzigs die Zollvereinsbeiträge Danzigs an die Zollvereinsmitglieder Polen abgeben werden, und zwar sollte diese Summe mindestens 14 und höchstens 20 Millionen Danziger Gulden betragen. Diese Verhandlungen sind nunmehr beendet, und es ist festgestellt worden, dass die Zollvereinsmitglieder Danzigs die Zollvereinsbeiträge Danzigs nicht an die Zollvereinsmitglieder Polen abgeben werden, sondern dass die Zollvereinsmitglieder Danzigs die Zollvereinsbeiträge Danzigs an die Zollvereinsmitglieder Polen abgeben werden.

Das Luftfahrt-Garantie-Komitee stellt seine Tätigkeit ein.

Das Komitee für die Garantie der Luftfahrt hat seine Tätigkeit eingestellt. Die Kommission hat ihre Arbeit abgeschlossen und die notwendigen Maßnahmen für die Luftfahrt ergriffen.

Um das westeuropäische Stahlkartell.

Die Verhandlungen über ein westeuropäisches Stahlkartell sind in der letzten Sitzung der Kommission abgeschlossen worden. Die Teilnehmer haben sich auf die wesentlichen Punkte geeinigt.

Einführung des neuen Oberreichsanwalts.

Die Ernennung des neuen Oberreichsanwalts ist durch den Reichspräsidenten bestätigt worden. Die neue Besetzung wird am 1. Oktober in Kraft treten.

Die Ernennung des neuen Oberreichsanwalts ist durch den Reichspräsidenten bestätigt worden. Die neue Besetzung wird am 1. Oktober in Kraft treten.

Keine Vermehrung der ständigen Ratsfraktionen.

Der Beschluß der Studienkommission.

TU Genf, 1. September.
Die Studienkommission hat in der Nachmittagsitzung ihre Arbeiten beendet. Es wurde beschlossen, von einer Vermehrung der ständigen Ratsfraktionen abzusehen. Der deutsche Vertreter enthielt sich bei diesem Beschluß der Stimme, ebenso der spanische Vertreter, der sich mit seiner Regierung noch in Verbindung setzen will, damit sie zu dem in der heutigen Nachmittagsitzung zum Ausdruck gekommenen Auffassung der einzelnen Kommissionmitglieder Stellung nehmen kann. Bei der Mitgliedschaft der Auffassung ergriffte sich eine Abstimmung.

Eine Erklärung Hoehls.

Im Laufe der Nachmittagsitzung der Studienkommission des Völkerbundes, in der die Frage der ständigen Ratsfraktionen behandelt wird, hat der deutsche Vorkämpfer von Hoehls, nachdem der spanische Vertreter nochmals kurz auf den spanischen Anspruch auf einen ständigen Ratsfraktion hingewiesen hatte, folgende Erklärung abgegeben:
„Im Namen meiner Regierung lege ich Wert darauf, den besprochenen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß die wertvolle Mitarbeit Spaniens, mit dem mein Land durch glückliche Bande der Freundschaft verbunden ist, dem Völkerbunde auch weiterhin erhalten bleibe. Ich möchte dieser Hoffnung den Wunsch hinzufügen, daß diese Mitarbeit sich unter denselben Bedingungen vollziehen möge, unter denen sie gegenwärtig besteht.“

Was nun die Frage der ständigen Ratsfraktionen betrifft, so kennen Sie, meine Herren, nach meinem Standpunkt, den ich während der Mittagspause entwickelt habe, das Problem der ständigen Ratsfraktion ist der Ausprägung einer inneren Krise des Völkerbundes geworden. Ich bin der Ansicht, daß der Völkerbund, das heißt im besonderen den Mitgliedern des Völkerbundesrates, die Aufgabe zufällt, dieses Problem zu lösen, und ich glaube, daß es mir nicht anstehen würde, gegenwärtig meine Auffassungen hierüber darzulegen, während Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist und gegenwärtig selbst auf einen ständigen Ratsfraktion kandidiert. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß es eine Pflicht der Disziplin ist, mich gegenwärtig der Stellungnahme zu enthalten und sie den Vertretern derjenigen Nationen zu überlassen, die Mitglied des Völkerbundes sind. Ich bitte Sie, meine Herren, diese meine Ansicht nicht in dem Sinne auszulassen, als ob ich irgendwo die Bedeutung dieses wichtigen Problems unterschätze, im Gegenteil, ich bin mir der Schwere der Entscheidung, die jetzt zu fassen Sie berufen sind, wohl bewußt.“

Der Verlauf der Sitzung.

Die Annahme der Reform der nichtständigen Ratsfraktionen. — Polen hält seinen Anspruch auf einen Ratsfraktion „für die Zukunft“ aufrecht.
Genf, 1. September.
Nach den Ausführungen des italienischen Vertreters Scialoja in der Vormittagsitzung der Studienkommission am 30. August, die von dem spanischen Vertreter, der sich hier in der Studienkommission freundlich an Spanien gewandt haben, meinen bezüglichen Punkt ausprobierten. Nach dieser Erklärung wurde der neue Entwurf zur Reform des Völkerbundes, der die nichtständigen Ratsfraktionen betrifft, mit allen Stimmen, die die Stimmenthaltung Spaniens, angenommen. Der Vorkämpfer Polens wurde zur Kenntnis genommen.
In der

Nachmittagsitzung

der Studienkommission, die wie oben gemeldet, mit der Klärung der Vermehrung der ständigen Ratsfraktionen befaßt war, teilte der spanische Vertreter nochmals kurz die bekannte Auffassung Spaniens auf einen ständigen Ratsfraktion mit, und der Hoffnung Ausdruck, daß das Vorgesetzte der Kommissionmitglieder dem spanischen Wunsch gerecht werden würde.
Auf die Aufforderung des Präsidenten hin äußerten sich sämtliche Kommissionmitglieder zu der Frage der ständigen Ratsfraktionen und insbesondere zu den Ansprüchen Spaniens. Einer nach dem anderen hob die Verdienste Spaniens um den Völkerbund hervor und erklärte, daß eine Regierung mit der größten Aufmerksamkeit die spanischen Forderungen geprüft habe. Der Vertreter Frankreichs, der die spanische Forderung nicht zurückließ, erklärte, daß die spanische Regierung nochmals alle Gesichtspunkte prüfen möge, die in der Kommission zur Sprache gekommen seien. In ähnlichem Sinne sprach auch der Vertreter Japans, Sr. Scialoja erklärte im Namen der italienischen Regierung, daß er für einen ständigen spanischen Ratsfraktion eintritt, falls nicht allen bekannten Schwierigkeiten vorstehen würden. In diesem Augenblick sei es aber unmöglich, die Wünsche der spanischen Regierung zu erfüllen, denn es gäbe hinsichtlich der spanischen Forderungen entgegenstehende Interessen. Der spanische Vertreter erklärte, daß er sich für einen ständigen spanischen Ratsfraktion einsetze, falls nicht allen bekannten Schwierigkeiten vorstehen würden. In diesem Augenblick sei es aber unmöglich, die Wünsche der spanischen Regierung zu erfüllen, denn es gäbe hinsichtlich der spanischen Forderungen entgegenstehende Interessen.

Morgen Rückkehr von Hoehls und Gauss.

Die Herren Hoehls und Gauss werden morgen von Genf nach Berlin zurückkehren. Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sind im wesentlichen abgeschlossen.

Genf.

Genf, 1. September.
Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sind im wesentlichen abgeschlossen. Die Teilnehmer haben sich auf die wesentlichen Punkte geeinigt.

Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sind im wesentlichen abgeschlossen. Die Teilnehmer haben sich auf die wesentlichen Punkte geeinigt.

Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sind im wesentlichen abgeschlossen. Die Teilnehmer haben sich auf die wesentlichen Punkte geeinigt.

Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sind im wesentlichen abgeschlossen. Die Teilnehmer haben sich auf die wesentlichen Punkte geeinigt.